

Vorwürfe gegen Jugendamt

Kindesmissbrauch Lügde: Eine Hinweisgeberin berichtet, sie sei von einem Vertreter der lippischen Behörde massiv bedrängt worden, nichts weiter zu unternehmen.

Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Eine Mitarbeiterin des Jobcenters Lippe hat bereits im November und Dezember 2016 über Wochen zweifelt versucht, die Behörden von ihrem Verdacht zu überzeugen, dass Andreas V. auf dem Campingplatz in Lügde seine fünfjährige Pflegetochter sexuell missbraucht. Sie alarmierte die Jugendämter Lippe und Hameln, das Sozialamt Lügde, den Kinderschutzbund und auch die Polizei – alles vergeblich.

Am Ende sei sie sogar vom Regionalleiter der Jugendamtsstelle Blomberg in ihrem Büro massiv bedrängt worden. Er verlasse ihr Büro erst, wenn sie ihm verspreche, endlich Ruhe zu geben und nichts mehr in dem Fall unternehmen, schilderte Elke O. unter Tränen im Untersuchungsausschuss des Landtags zu den Behördenpannen im Fall des schweren Kindesmissbrauchs von Lüg-

de den Vorfall. Sie habe die Situation als bedrohlich empfunden. Damit der Mann ihr Büro endlich verlasse, habe sie es schließlich zugesagt.

Heute steht fest: Das Mädchen wurde über Jahre schwer missbraucht, und Andreas V. ist wegen schwerer sexueller Gewalt gegen Kinder verurteilt. Auf dem Campingplatz wurden zahlreiche Kinder jahrelang missbraucht.

Entschuldigt habe sich niemand bei ihr, nachdem herausgekommen war, dass sie in jedem Punkt recht hatte, berichtete sie weiter. Auch nicht der Bezirksbeamte der Polizei Blomberg, der sie nach ihren Hinweisen in ihrem Büro aufsuchte und ihr, so sagte die Jobcenter-Mitarbeiterin weiter aus, „dringend geraten“ habe, in der Sache nichts selbst zu unternehmen, etwa den Campingplatz aufzusuchen. Auch habe er sie nachdrücklich darauf hingewiesen, sie möge vorsichtig sein mit dem, was sie sa-

ge. Sie könne sich sonst schnell der üblen Nachrede über V. schuldig machen.

Die Jobcenter-Mitarbeiterin mit 20 Jahren Berufserfahrung hatte Verdacht geschöpft, als Andreas V. gemeinsam mit dem fünfjährigen Mädchen im November 2016 zu einem Beratungsgespräch ins Blomberger Jobcenter gekommen sei.

Trotz der Hinweise haben Jugendämter nichts unternommen

Das Mädchen habe auf sie sehr traurig und eingeschüchtert gewirkt. Sie habe ihr nach Nachfragen gesagt, sie hasse den Geruch von Männern, das könne sie nicht mehr ertragen. Außerdem habe V. in dem Gespräch gesagt: „Für Süßigkeiten tut die alles.“ Und: „Erst macht sie mich heiß, will kuscheln, dann wieder nicht. Frauen sind schon komisch.“

Von dieser Begegnung habe sie den Jugendämtern Lippe und Hameln (Niedersachsen), dem Kinderschutz und der Polizei berichtet. Und trotz dieser Hinweise, die eindeutig einen sexuellen Missbrauch vermuten lassen, haben die Jugendämter nichts unternommen. Sie verwiesen in Gesprächen mit der Jobcenter-Mitarbeiterin auf die Zuständigkeit des jeweils anderen.

Eine Aussage einer Mitarbeiterin des Jugendamtes Lippe löste bei vielen Zuhörern des Untersuchungsausschusses Erstaunen aus: Den Satz des fünfjährigen Mädchens, sie hasse den Geruch von Männern, habe sie nicht als Hinweis auf einen möglichen sexuellen Missbrauch des Kindes bewertet. Auch bei der Polizei verliefen die Ermittlungen im Sande.

Und so ging das Leid der Kinder auf dem Campingplatz von Lügde noch fast zwei Jahre weiter.

U 12.05.2020

KREIS LIPPE

Bürgerdialog ist im Fluss

Horn-Bad Meinberg. Der Bürgerdialog in Horn-Bad Meinberg hat schon viel bewegt. **Seite 20**

„Erzähl mir was vom Pferd“

Kreis Lippe. Die neue Ausstellung des Freilichtmuseums in Detmold dreht sich um Vierbeiner. **Seite 14**

Salzufler textet Schlager

Bad Salzuflen. Michael Larsen hat schon Lieder für „Die Amigos“ geschrieben. Aber er singt auch selbst. **Seite 16**



U-Ausschuss bringt Abgründe ans Licht

Eine Mitarbeiterin des Jobcenters erhebt schwere Vorwürfe gegen den Leiter der Jugendamtsstelle in Blomberg. Staatsanwaltschaft und Kreis sind die Anschuldigungen schon lange bekannt. Es steht Aussage gegen Aussage.

Die lange
Odyssee
der Akten

Detmold/Düsseldorf. Erst im März hatte die Staatsanwaltschaft alle Ermittlungen gegen Jugendämter und Polizei rund um den Missbrauchsfall Lügde eingestellt, jetzt sind vor dem Untersuchungsausschuss in Düsseldorf weitere unfassbare Details öffentlich geworden. Eine Jobcenter-Mitarbeiterin sagte zum Wochenbeginn im Landtag aus, vom Regionalleiter der Jugendamtsstelle Blomberg im Dezember 2016 massiv unter Druck gesetzt worden zu sein. Er habe sie vehement daran gehindert, etwas gegen Andreas V. zu unternehmen, obwohl sie besorgniserregende Beobachtungen gemacht hatte.

Die Aussage der Jobcenter-Mitarbeiterin kennen die Ermittler bereits seit Bekanntwerden der Missbrauchsfälle. Jedoch hätten die Vorwürfe gegen den Regionalleiter damals laut Oberstaatsanwalt Ralf Vetter nicht strafrechtlich verfolgt werden können. „Die Situation war für die Mitarbeiterin sehr belastend, dennoch ist ihr in diesem Sinne keine



Detmold (jk). Den Vorwurf, noch keine vollständigen Akten zur politischen Aufarbeitung in Düsseldorf abgegeben zu haben, will sich der Kreis Lippe nicht gefallen lassen. Dieser habe bereits am 26. September 2019 etwa 13.000 Seiten aus Akten und weiteren Dateien nach Düsseldorf geliefert, heißt es in einer Stellungnahme. Danach habe es viele Unsicherheiten zwecks der richtigen Aufarbeitung gegeben.

Vorangegangen war nach Darstellung des Kreises eine Aufforderung des Landtages vom 13. September 2019, die Akten nicht vor einem am 24. September in Düsseldorf anberaumten Besprechungstermin zu liefern. Bei diesem Termin sollten Fragen der Anonymisierung der Akten zwischen Landtag und den beteiligten Behörden geklärt werden. Dieser Termin sei wieder abgesagt worden, so dass der Kreis Lippe keine Informationen über die Art der Aufbereitung bekommen hätte. Zugleich sei aber um unverzügliche Übersendung der Akten an den Untersuchungsausschuss gebeten worden. Diesen Aufforderungen sei der Kreis dann nachgekommen.

sagt Vetter. Demnach habe im juristischen Sinne keine Bedrohung vorgelegen. Auch der Tatbestand einer möglichen Nötigung sei nicht in Betracht gekommen. „Dafür hätte ihr ein ‚empfindliches Übel‘ angedroht werden müssen“, erklärt Vetter. Dies hätte die geschilderte Situation aber nicht hergegeben.

Der Blomberger Teamleiter habe nach Aussage der Jobcenter-Mitarbeiterin mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gedroht, ihr Büro erst wieder zu verlassen, wenn diese endlich mit den Beschuldigungen Ruhe gebe. Nach Angaben des Kreises bestreitet der Leiter des Regionalbüros die Vorwürfe. „Es steht Aussage gegen Aussage“, schreibt der Kreis in einer Stellungnahme. Nachdem die Verwaltung von den Anschuldigungen im Jahr 2019 erfahren habe, seien beide Mitarbeiter angehört worden. „Angesichts der widersprechenden Aussagen wurden keine weitergehenden arbeitsrechtlichen Schritte eingeleitet

Die Polizei bei einer der zahlreichen Ermittlungen im März 2019 auf dem Campingplatz „Eichwald“. Über Jahrzehnte lang wurden hier Kinder sexuell missbraucht. Inzwischen sind die Parzellen der Haupttäter längst leergeräumt.

und der Leiter des Regionalbüros ist weiter im Dienst“, heißt es weiter.

Obwohl es keine Ermittlungen gab, empfindet die Staatsanwaltschaft das vermeintliche Vorgehen alles andere als in Ordnung. „Das hat uns damals sehr erschrocken, dennoch hatte es keine Relevanz für die eigentlichen Ermittlungen“, sagt Oberstaatsanwalt Vetter. Zudem sei es gerade bei psychischem Unter-Druck-Setzen schwierig, eine strafrechtliche Grenze zu ziehen. „Es ist daher gut und wichtig, dass dieses Verhalten jetzt im Untersuchungsausschuss aufgearbeitet wird“, sagt Vetter.

Die Jobcenter-Mitarbeiterin habe sich schon damals große Vorwürfe gemacht, obwohl gerade sie alles in ihrer Macht stehende getan habe, um das Pflegekind aus den Fängen des Dauercampers zu befreien. Der Teamleiter selbst war im Verlauf der Lüge-Ermittlungen

nié vernommen worden, da dieser nie selbst mit der Sachbearbeitung des Pflegekindes betraut gewesen sei. Das Verfahren gegen eine seiner Mitarbeiterinnen in Blomberg wurde im März mit allen anderen Verfahren gegen Behörden eingestellt. Die Ermittler sahen ihre Unschuld als erwiesen an, da sie Ende 2016 den Hinweisen auf Kindeswohlge-

Genehmigung für Aussage

Verunsicherungen hatte es auch wegen einer vom Kreis ausgestellten Aussagegenehmigung gegeben. Die Mitarbeiterin des Jobcenters befürchtete, keine „Beschuldigten“ nennen zu dürfen. Die Genehmigung sei laut Kreis notwendig gewesen, damit Mitarbeitende überhaupt in der Öffentlichkeit über dienstliche Inhalte berichten dürf-

fährdung nachgegangen war. Die Mängel auf dem Campingplatz waren danach beseitigt worden.

Darüber hinaus hatten Ausschussmitglieder während der Sitzung wiederholt bemängelt, noch keine Akten aus Lippe vorliegen zu haben. Diese Kritik weist der Kreis zurück. Die Organisation des U-Ausschusses sei laut Stellungnahme lange in-

ten. Außerdem habe diese nicht die Bekanntgabe der Namen der Beteiligten aus dem Jugendamt Lippe untersagt, nach denen in der Sitzung gefragt wurde. „Dass einer Mitarbeiterin aufgrund der Nennung dieser Namen arbeitsrechtliche Konsequenzen drohen, ist eine Unterstellung, die ich in aller Form zurückweise“, so Lehmann.

ARCHIVFOTO: VERA GERSTENDORF-WELLE

transparent gewesen und der Kreis hätte über lange Zeit überhaupt keine eindeutigen Anweisungen bekommen, in welcher Form die Akten anzuliefern seien. Allein 2019 habe der Kreis Lippe zwei Mal alle notwendigen Akten digitalisiert geliefert, die dann wegen dieser unklaren Vorgaben jeweils wieder zurückgenommen werden mussten. „Den Willen zur Zusammenarbeit haben wir durch die wiederholte Aktenlieferung deutlich dokumentiert“, erläutert Landrat Dr. Axel Lehmann in der Stellungnahme. Doch erst am 11. Mai habe der Kreis die Liste mit den zu verwendenden Pseudonymen vom Landtag erhalten und sei demnach auch erst jetzt in der Lage, diese in die Akten einzufügen. In diesem Zusammenhang hatte es immer wieder Ärger gegeben. Zum Beispiel waren dem Kreis Anfragen mit Pseudonymen gestellt worden, die dieser nicht entschlüsseln konnte.

telefonisch um eine veränderte Aufbereitung der Akten gebeten, die am 18. Oktober 2019 abgegeben worden sei. Es folgte eine Diskussion über die einzuhaltenden Datenschutzvorschriften sowie Geheimhaltungsstufen. Dies sollte auf ministerieller Ebene geklärt werden. Am 14. November 2019 habe der Kreis ein Schreiben erhalten, in dem Bedenken zur Verwendung von Klarnamen geäußert wurden.

Der Ausschussvorsitzende teilte mit, dass in den Akten Pseudonyme zu verwenden seien, die ein Treuhänder vergeben werde. Am 30. März habe der Kreis Lippe nach Durchsicht des umfangreichen Aktenmaterials der Treuhänderin einen USB-Stick mit den zu pseudonymisierenden Namen zur Verfügung gestellt bekommen. Sechs Wochen später, am 11. Mai, habe der Landtag die Liste der Pseudonyme, die jetzt in die Dokumente eingepflegt werden, dem Kreis Lippe zugeleitet. Der Kreis wolle jetzt unverzüglich damit beginnen.

Lüge-Akten sind bald fertig

Landrat: Der Grund für Verzögerungen liegt nicht in Lippe.

Kreis Lippe (rad). Bis Ende dieser Woche will der Kreis die Akten des Lügder Missbrauchsskandals so weit bearbeitet haben, dass sie an den Düsseldorfer Landtags-Untersuchungsausschuss geschickt werden können. „Ich hoffe, dass wir dann damit fertig sind“, sagte Landrat Dr. Axel Lehmann gestern im Jugendhilfesausschuss. Der Kreis sieht bei sich keine Schuld für die monatelangen Verzögerungen.

Dafür wolle er keine Verantwortung übernehmen, sagte Lehmann. Vielmehr habe es aus Düsseldorf immer wieder unklare Vorgaben gegeben. Auch vor dem Hintergrund des „unterschweligen Vorwurfs, Lippe habe die Akten noch nicht geliefert“, schilderte er erneut das Hin und Her. Erst-

mals habe der Kreis die Akten – mehrere 1000 Seiten – im vergangenen September nach Düsseldorf geschickt. In den Folgemonaten hieß es nach Lehmanns Schilderung erst, Geheimes und Vertrauliches müsse gekennzeichnet werden. Dann sei der Kreis aus Düsseldorf gebeten worden, stattdessen die Namen der Opfer durch Pseudonyme zu ersetzen. Seit Anfang Mai sei klar, welche Pseudonyme verwendet werden müssten.

Laut Sozialdezernent Karl-Eitel John erledigen Mitarbeiter diese aufwendige Arbeit teils am Wochenende. Landespfarrerin Susanne Eerenstein, beratendes Mitglied des Jugendhilfesausschusses, fragte, welche Relevanz die Ergebnisse hätten, wenn Behördenmitarbeiter keine strafbare Hand-

lung begangen hätten. „Wir wollen dem Aufklärungsverlangen der Fraktionen nachkommen“, sagte Lehmann.

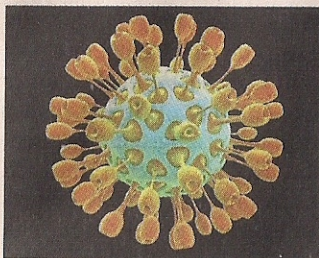
John wies noch einmal auf die Zuständigkeit des Jugendamts Hameln-Pyrmont im Fall Lügde hin. Lippe sei „punktuell“ zuständig gewesen, etwa, als man das Opfer in Obhut genommen habe. Das sei in Hameln „durchaus kritisch“ gesehen worden, obwohl damals bereits eine Strafanzeige vorgelegt habe. Zwei Mitarbeiter in Hameln seien entlassen worden.

Für Andreas Hibbeler (Linke) stellt sich darüber hinaus die Frage nach dem in der Kritik stehenden Leiter der Kreisjugendamtsstelle Blomberg (die LZ berichtete). Diese Frage sollte gestern nichtöffentlich näher besprochen werden.

LZ-28.05.20



Die akuten Infektionszahlen



■ Das Infektionsgeschehen in der Region hat sich drastisch abgeschwächt. Wir veröffentlichen hier in Zukunft deshalb nicht mehr die absoluten Zahlen derer, die sich bislang infiziert haben, sondern nur noch die Fälle der akut Infizierten.

NRW: 2.528 (Vortag 2.680)
 OWL: 206 (212)
 Stadt Bielefeld: 11 (11)
 Kreis Gütersloh: 65 (49)
 Kreis Herford: 3 (4)
 Kreis Höxter: 28 (29)
 Kreis Lippe: 7 (10)
 Kreis Mi.-Lübb.: 30 (48)
 Kreis Paderborn: 62 (61)
 Todesfälle OWL: 119 (118)
 Todesfälle NRW:
 1.587 (1.581)

QUELLEN: NRW-GESUNDHEITSMINISTERIUM, GESUNDHEITSSAMTER



Der abgesperrte Tatort des hundertfachen Kindesmissbrauchs auf dem Campingplatz Eichwald im lippischen Lügde.

FOTO: DPA

Fall Lügde: Hameln stellt sich quer

OHRENZEUGE



Aufgeschrieben

Die Liste der Obstruktionen aus Niedersachsen gegen die Aufklärungsarbeit des Landtags-Untersuchungsausschusses wird immer länger.

1. Ort: Ein Park

Teilnehmer: Ein Paar, beide etwa Mitte 20

Situation: Sie sitzen auf einer Bank und knutschen, plötzlich schreckt die Frau auf, weil irgendetwas an ihrem Ohr krabbelt

Frau: »Iiiiiih, mach das weg. Diese blöden Insekten. Die sind einfach immer und überall.«

Mann: »Wusstest du, dass das Gewicht aller Insekten auf dem Planeten das Gewicht aller Wale übersteigt?«

Frau: »Nee. Mir ist aber auch noch nie ein Wal ins Ohr gekrabbelt.«

2. Ort: Ein Kaufhaus, die Abteilung mit den Filmen

Teilnehmer: Zwei Männer, etwa 30

Situation: Einer guckt bei den Science-Fiction-Filmen

Mann 1: »Warum wühlst du in diesem Schund?«

Mann 2: »Man muss ja vorbereitet sein. Falls wirklich mal was passiert.«

Mann 1: »Dann guck lieber einen Porno.«

Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf/Hamel.** Die Verweigerungshaltung der Behörden im niedersächsischen Landkreis Hameln-Pyrmont behindert den Landtags-Untersuchungsausschuss zum Kindesmissbrauch von Lügde immer stärker in seiner Aufklärungsarbeit. Für den Ausschuss ist dies gravierend. Denn vor allem das Jugendamt Hameln steht in der Kritik, trotz mehrerer Hinweise auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung ein kleines Mädchen in die Obhut und dann sogar in die Pflege bei dem später als Haupttäter des Missbrauchs enttarnten Campingplatz-Bewohners in Lügde gegeben zu haben.

Die Liste der Obstruktionen, mit denen die Hamelner Behörden die Aufklärung im Fall Lügde behindern, wird immer länger. Erst wurden Mitarbeiter des Jugendamtes dabei erwischt, dass sie Akten im Fall des auf dem Campingplatz missbrauchten Mäd-

chens fälschten, dann lieferten die Landkreisbehörden nur Akten, in denen die Opfer mit ihren Klarnamen zu lesen, aber die Namen sämtlicher beteiligter Mitarbeiter geschwärzt waren, schließlich weigerten sich Mitarbeiter des Jugendamtes Hameln-Pyrmont, im Untersuchungsausschuss auch nur eine einzige Frage zu beantworten. Rechtlich vertreten wurden sie dabei von einer Anwältin, die auch den Landkreis Hameln-Pyrmont gegenüber dem Untersuchungsausschuss des NRW-Landtages vertritt. Erst als dieser Doppelauftrag bekannt wurde, leg-

te die Anwältin ihr Mandat für weitere Zeugen aus dem Jugendamt nieder. Diese Jugendamts-Mitarbeiter, die in der kommenden Woche als Zeugen vor den Ausschuss geladen sind, werden nun von einer Kanzlei aus Düsseldorf vertreten. Aber auch sie wollen keinerlei Fragen beantworten.

In der kommenden Woche wollte der Untersuchungsausschuss außerdem eine Mitarbeiterin des Hamelner Jobcenters als Zeugin vernehmen. Ihr hatte eine Kollegin aus Lippe berichtet, dass sie Verdacht gegen den Pflegevater in Lügde wegen sexuellen Miss-

brauchs geschöpft habe. Und zwar bereits im Herbst 2016, also lange bevor der jahrelange Missbrauch endlich aufgedeckt worden war. Die Hamelnerin hat nun nicht einmal mehr die erforderliche Aussagegenehmigung ihres Chefs bekommen. Der ließ nach Informationen dieser Redaktion den Untersuchungsausschuss wissen, seine Mitarbeiterin müsse vor einem Ausschuss des NRW-Landtages gar nicht aussagen.

Jetzt setzt der Untersuchungsausschuss seine ganze Hoffnung auf die Jugendamts-Mitarbeiterin, die für die Pflegschaftsverhältnisse zuständig war, also auch für die Pflegschaft des Campingplatz-Bewohners. Sie arbeitet heute nicht mehr bei der Hamelner Behörde, wird bei ihrer Vernehmung vor dem Ausschuss von einem Hamelner Strafrechtsanwalt rechtlich begleitet. Der hat bislang jedenfalls dem Ausschuss noch nicht mitgeteilt, dass auch seine Mandantin nichts aussagen werde.

30 Kinder über Jahre missbraucht

◆ Der Kindesmissbrauch von Lügde gilt als einer der schwersten Fälle von sexueller Gewalt gegen Kinder in der Geschichte von Nordrhein-Westfalen. Jahrelang missbrauchten Männer auf dem Campingplatz im Kreis Lippe

mehr als 30 Kinder. Dass der Fall so lange unentdeckt blieb, lag auch an einem Versagen von Jugendbehörden und Polizei, die mehrere frühzeitige Hinweise auf die verbrecherischen Taten in Lügde nicht beachtetten.

„NaTour“: Angebote starten wieder

Kreis Lippe. Durch die Lockerung des Kontaktverbotes können die „NaTour-Erlebnisführungen“ wieder beginnen. Touren mit zehn Personen seien möglich, der Mindestabstand von 1,50 Metern müsse eingehalten werden. Schutzmasken würden eingeteilt, teilt das Team von NaTourEnergie aus.

Der Transfer mit den Elektro-Autos vom Innovationszentrum zum eigentlichen Startpunkt der Führung entfällt allerdings bis auf Weiteres. Die Treffpunkte sind die Startpunkte der jeweiligen Führung oder das Innovationszentrum. Los geht „Erlebnis Windenergie“ am Freitag, 5. Juni, von 15 bis 16.30 Uhr. Treffpunkt ist der Dorfplatz Hillentrup, von dort fahren die Teilnehmer mit eigenen Autos zum Infopunkt Kleeberg. Zielgruppen sind Schüler, Schulen, Familien und Erwachsene. Der zweite Termin nach dem Re-Start steht am Samstag, 6. Juni, von 15 bis 17 Uhr unter dem Motto „Erlebnis Elektromobilität“ auf dem Programm. „Ein Erlebnis für alle, die neue Mobilität erfahren möchten“, heißt es. Treffpunkt ist das Innovationszentrum Dörentrup für Kinder ab zwölf Jahre und Erwachsene.

Das Leid der Verschickungskinder

SPD-Landtagsabgeordneter Dr. Dennis Maelzer stellt eine Kleine Anfrage an die Landesregierung nach dem Ausmaß der Traumata. Dietmar Sommer hat es am eigenen Leib erlebt und spricht über seine Erlebnisse.

Marianne Schwarzer

Kreis Lippe. Welch ein Trauma: Ein kleiner Junge, mit anderen Kindern von einer wildfremden „Tante“ in einen Zug gezerzt, verbringt Wochen des Heimwehs und der Ungewissheit in einer vollkommen unbekanntem Umgebung, in der sich erholen soll. Was Dietmar Sommer vor über 50 Jahren erlebt hat, teilen Tausende von Verschickungskindern. Der SPD-Landtagsabgeordnete Dr. Dennis Maelzer geht dem Phänomen auf den Grund und hat eine kleine Anfrage im Landtag dazu gestellt.

Begonnen hat alles mit einem Brief: „Eine Detmolderin hat mich angeschrieben und auf die Verschickungskinder aufmerksam gemacht“, berichtet Maelzer. In anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein habe es bereits eine parteiübergreifende Resolution gegeben, in der eine Aufarbeitung dieser dunklen Geschichte der Pädagogik und die Zusammenstellung der Fakten gefordert werde.

Es gehe um übelste Missstände in Kindererholungsheimen in den Fünfzigern und Sechzigern. „Da muss es systematische Erniedrigungen und körperliche Strafen beispielsweise bei Bettfeuchtwerden gegeben ha-



Dietmar Sommer trägt furchtbare Erinnerungen an seine Kinder-Kur im Schwarzwald mit sich herum. Die Eindrücke wurde er niemals los. Landtagsabgeordneter Dennis Maelzer (links) will dem Phänomen „Verschickungskinder“ auf den Grund gehen und hat eine Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt.

ARCHIVFOTO: VERA GERSTENDORF-WELLE

Detailed information and booking under www.natourenergie.de, Group enquiries for other dates at michaela.behrens@kreis-lippe.de

Schwitzen für seinen Verein

Kreis Lippe. Die AOK hat eine landesweite Benefizaktion für Sportvereine ins Leben gerufen. Das Motto lautet „Gemeinsam durchstarten mit meinem Verein“. „Ziel ist es, die Menschen in Lippe in der Corona-Krise in Bewegung zu bringen und gleichzeitig Sportvereine finanziell zu unterstützen“, erklärt AOK-Serviceregionsleiter Matthias Wehmhöner in einer Pressemitteilung. Dafür müssen sich die Vereine bis 19. Juni anmelden. Die landesweite Aktion wird unterstützt vom Fußball- und Leichtathletik-Verband

bei Bettnässern gegeben haben“, berichtet der Politiker. Er sei geschockt gewesen, als er sich näher damit befasst habe. „Mir waren die Dimensionen überhaupt nicht bewusst. Es hat insgesamt 350.000 Plätze in Kinderheimen gegeben, und allein im Jahr 1962 sind 200.000 Kinder aus Nordrhein-Westfalen verschickt worden. Da kann man nur hoffen, dass nicht alle solch traumatische Erlebnisse hatten.“

Dietmar Sommer arbeitet in der SPD-Geschäftsstelle in Detmold und bekam die Diskussion mit. Der 63-Jährige ist einer von denen, die unter jener menschenverachtenden Pädagogik gelitten haben. Sie verfolgte ihn bis heute.

Er war etwa sieben Jahre alt, erinnert er sich. „Wir sind zuhause im Dunkeln aufgebrochen, und ich wurde am Bahn-

hof in Lage einer fremden Frau übergeben, die mit uns fuhr.“ Im Dunkeln kamen sie an, im „Haus Sonnenburg“ im Schwarzwald. Ein von Nonnen geführtes Haus, dessen Name der Erscheinung spottete: „Es war damals schon auffällig, die Balkone waren einsturzgefährdet.“ Er sei in einen riesigen Saal

Kleine Anfrage

Dietmar Sommers Fall ist kein Einzelfall, sagt Dennis Maelzer, und darum will er der Sache auf den Grund gehen. In seiner kleinen Anfrage fordert er Informationen darüber, welche Erkenntnisse die Landesregierung über psychische und physische Folgen der Kuraufenthalte sogenannter Verschickungskinder

geführt worden. „Wir kriegten als erstes Tabletten. Wer Schwierigkeiten hatte, die zu schlucken, dem zog eine Nonne den Kopf in den Nacken, und dann hieß es: rein damit.“ Bis heute, sagt Dietmar Sommer mit einem bitteren Lächeln, habe er keinerlei Schwierigkeiten, Tabletten zu nehmen. Das Gan-

ze fand in der Schulzeit statt, doch Unterricht bekamen die Kinder nicht. Stattdessen gab es Waldspaziergänge und Spiele im Wald. Bis sich der kleine Dietmar den Fuß verknackste. „Damusste ich auch tagsüber im Schlafsaal auf meinem Bett sitzen, niemand war in Hörweite, und wenn ich zur Toilette musste, bin ich hingekrochen.“

Denn zu den Bettnässern hätte er um nichts in der Welt gehören wollen: Die mussten einen Socken an ihr Bett binden und wurden nachts aus dem Schlaf gerissen, damit sie zum Klo gingen – mit oder ohne Harndrang. Außer der Reihe zu müssen, war nicht erlaubt.

Dietmar Sommer erinnert sich auch noch an den großen Tisch im Speisesaal, an dem der Junge ihm gegenüber sich übergeben hatte. „Drei Nonnen haben ihn gezwungen, das Erbro-

chene zu essen.“ Schlimm war auch die Trennung von Zuhause: Ein älterer Freund habe für ihn eine Karte an Papa und Mama schicken wollen, um vom verknacksten Fuß zu berichten. „Die Karte wurde abgefangen, meine Eltern haben sie niemals bekommen.“ Das Heimweh sei unerträglich gewesen, auch für die kleineren Kinder.

Natürlich habe er seinen Eltern von den Torturen erzählen wollen, als er wieder zu Hause war. Durchgedrungen sei er damit nicht. Viele Jahre habe er das Erlebte in sich getragen, am Trauma gelitten. Bis er vor gut zwölf Jahren Depressionen bekommen und sich in Therapie begeben habe. „Erst da konnte ich darüber sprechen.“

Text unten/Kommentar

Die Autorin ist zu erreichen per E-Mail an [mschwarzer@lz.de](mailto:m.schwarzer@lz.de)



Aufklärung tut not

Marianne Schwarzer

Es ist anscheinend ein Trauma, das Tausende von Deutschen mit sich herumtragen: Die Berichte über menschenverachtende Erziehungsmethoden in Kindererholungsheimen vor allem in den 50er bis 70er Jahren häufen sich, seit Report Mainz das Thema aufgegriffen hat.

Was vor mehr als einem halben Jahrhundert geschehen ist, verfolgt auch heute Menschen in der Mitte der Gesellschaft, und einmal angestoßen, kommt die Erinnerung bei vielen wieder hoch. So hat es auch der Landtagsabgeordnete Dennis Maelzer wahrgenommen, und er nimmt sich zu Recht der Sache an.

Das ist nicht nur Symbolpolitik, die Kleine Anfrage in Düsseldorf ist ein erster Schritt, um all das unter dem Teppich hervorzuholen, was dort anscheinend schon lange liegt – ob bewusst oder unbewusst.

„Das war halt die Zeit“, mag man achselzuckend denken. Natürlich hat sich die Pädagogik weiterentwickelt. Aber die Schwelle zur echten Grausamkeit haben damals Heimerzieher offenbar tausendfach und systematisch überschritten.

Es ist höchste Zeit, dass die nordrhein-westfälische Landesregierung sich der Sache stellt. Wenn auch nur ein Bruchteil von dem stimmt, was Zeitzeugen berichten, dann betreffen diese Grausamkeiten nicht nur die damaligen Erziehungskräfte, sondern auch das Gesundheitssystem, hinter dem auch die öffentliche Hand stand.

Vorbehaltlose Aufklärung ist hier das Mindeste, was die Opfer verdienen.

mschwarzer@lz.de

Erschütternde Berichte aus ganz Deutschland

Der Autorin Anja Röhl liegen auch Zeitzeugnisse von der Insel Norderney vor. Jedoch nicht über das Haus Detmold des Kreises. Dort sei es den Kindern gut gegangen, erzählt der ehemalige Erzieher Paul Rass.

Kreis Lippe (an). Die Berliner Autorin Anja Röhl befasst sich schon seit Jahren mit dem Problem der Verschickungsheime. Geschichten, die sich verblüffend ähneln. Körperliche Züchtigung, gezwungen werden, Erbrochenes zu essen und Depri- vation, finden sich dort immer wieder. Sie selbst hat auch solch eine schreckliche Geschichte erlebt und ist dem nachgegangen.

Nach einem Artikel, der 2009 in der „Jungen Welt“ erschienen ist, hätten sich nach und nach immer mehr Betroffene bei ihr gemeldet. „Als es 150 waren, habe ich mich aufgefordert gefühlt, was zu unternehmen.“

Anja Röhl tauchte tiefer ein und kann sich heute einiges besser erklären: Das damalige Standardwerk über Kinderheilkunde habe der NS-Arzt Hans Kleinschmidt (1885-1977) verfasst. Es sei mutmaßlich an 1200 in einem Verzeichnis aufgeführte Erholungsheime für Kinder geschickt worden. „Auf Seite 25 bis 93 finden sich praktische Hinweise, dort sind 18 Formen der Bestrafung aufgeführt“, berichtet die Autorin, auch der Umgang mit den Bettnässern sei

dort beschrieben, ebenso der Zwang, Erbrochenes zu essen.

Die um die Jahrhundertwende angewandte schwarze Pädagogik mit einer schwächelnden Rollenzuweisung für die Mutter sei dies nicht, sondern ganz klar NS-Pädagogik. „Hier geht es zusätzlich darum, das Kind gezielt von der Mutter zu entfremden. Danach soll es beispielsweise 24 Stunden nach der Geburt bewusst weggelegt werden.“

Ende 2019 griff Report Mainz das Thema auf, und plötzlich gab es eine Flut von Rückmeldungen, in kurzem Zeitraum über 3000. „Und egal, in welcher Lokalzeitung Journalisten darüber berichten, sie bekommen sofort unzählige Rückmeldungen von Menschen mit ähnlichen Schicksalen.“

Unter anderem ist immer wieder davon die Rede, dass die Kinder Medikamente mit unklarer Indikation schlucken mussten, wie es auch der Lipper Dietmar Sommer erlebt hat.

Nicht alle Heime seien schlimm gewesen, räumt Anja Röhl ein, es gab offensichtlich auch positive Erfahrungen, doch eher selten. Sie schätzt die



Glücklicherweise ist das Haus Detmold des Kreises Lippe als Kinderkurhaus nicht in Verruf geraten – im Gegensatz zu anderen Häusern auf Norderney.

REPRO: KREIS LIPPE

Zahl der Geschädigten auf zwölf Millionen zwischen 1950 und 1980. Auf ihrer Internetseite finden sich auch Berichte von Heimen auf Norderney. Das Haus Detmold des Kreises Lippe wird hier nicht genannt. Aber es muss in anderen Häusern ähnliche Beispiele gegeben haben, sagt Paul Rass. Er war Erzieher im Haus Detmold, das seit den 50er Jahren Kinderkurheim des Kreises Lippe war. „Ich weiß,

dass es einige sehr strenge Heime dort gegeben hat“, erzählt der Rentner, der auch heute noch Wattführungen für Lipper auf Norderney anbietet. „Bei uns war es sehr locker, aber ich weiß, dass uns mal eine Mutter angefleht hat, dass wir ihren Jungen aufnehmen, weil der so unglücklich in dem anderen Heim war.“ Namen und Details will Rass nicht nennen. Kinder zum Essen gezwungen? „Das

gab es bei uns nicht. Ich weiß noch, dass bei uns ein Junge am letzten Tag unglaublich viele Butterbrote geschmiert hat. Da hab ich ihn gefragt ‚Hast Du denn so einen großen Hunger?‘ – ‚Nein‘, hat er gemeint, ‚aber meine Familie soll sich endlich mal wieder sattessen‘.“

Unter www.verschickungsheime.de hat Röhl ein Portal eingerichtet, auf dem Betroffene zu Wort kommen.

Lippes Landrat noch im Juni vor dem Lügde-Ausschuss

Auch der frühere Hamelner Landrat Tjark Bartels soll vernommen werden, doch der Kreis Hameln-Pyrmont hat es nicht eilig mit einer Aussagegenehmigung für ihn. Gestern sagten zwei weitere Zeuginnen aus.

Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Eigentlich sollten im Untersuchungsausschuss des Landtags zum Kindesmissbrauch in Lügde noch vor der Sommerpause die Landräte der beteiligten Kreise Hameln-Pyrmont und Lippe als Zeugen vernommen werden. Während Landrat Axel Lehmann (SPD) aus Lippe am 22. Juni vor dem Ausschuss aussagen wird, dürfte eine Vernehmung des damaligen Landrats des niedersächsischen Landkreises Hameln-Pyrmont, Tjark Bartels (SPD), vor der Sommerpause des Landtags kaum noch möglich sein.

Der Kreis Hameln-Pyrmont betrachtet die Zeugenaussage seines damaligen Landrats und damit dessen Beitrag zur Aufklärung der Begleitumstände des Kindesmissbrauchs offenbar als nicht besonders dringlich. Denn: Um einen Auftritt des damaligen Landrats, der inzwischen nicht

mehr im Amt ist, vor dem Ausschuss in Düsseldorf zu ermöglichen, müsse der Kreistag zustimmen. Das Kreisparlament aber kommt erst wieder am 7. Juli zusammen und könne die entsprechende Aussagegenehmigung frühestens dann erteilen.

Der Chef des Untersuchungsausschusses, Martin Börschel (SPD), versucht nun, die Hamelner Kreispolitiker zu mehr Eile anzutreiben. „Wir wollen mit der Vernehmung des früheren Landrats den Komplex Hameln-Pyrmont im Untersuchungsausschuss noch vor der Sommerpause abschließen“, sagt er. Denkbar wäre deshalb eine Eilentscheidung in Hameln, um die Aussagegenehmigung für Bartels möglichst schnell zu erteilen.

An einer fehlenden Aussagegenehmigung scheiterte auch in der gestrigen Sitzung des Untersuchungsausschusses die Vernehmung einer weiteren Zeugin aus Hameln. Die

Mitarbeiterin des dortigen Jobcenters wurde deshalb wieder ausgeladen. Und in den beiden vorangegangenen Sitzungen hatten Mitarbeiter des Jugendamtes Hameln komplett die Aussage verweigert. Sie sollen durch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts Düsseldorf dazu gezwungen werden, wenigstens einzelne Fragen zu beantworten.

In der Ausschusssitzung



Tjark Bartels (SPD), Ex-Landrat in Hameln-Pyrmont. FOTO: DPA

selbst war deutlich geworden, dass eine Mitarbeiterin des Jobcenters Blomberg, die schon 2016 viele Stellen vor möglichem Missbrauch auf dem Campingplatz in Lügde gewarnt hatte, keine engagierten Ermittlungen bewirken konnte. Die Frau sei außer sich gewesen vor Sorge, berichteten sowohl ihre Vorgesetzte aus dem Jobcenter Blomberg als auch eine Erzieherin vom den



Axel Lehmann (SPD), Landrat in Lippe. FOTO: BERNHARD PREUSS

Kinderschutzbund in Blomberg. Die Mitarbeiterin sei alarmiert gewesen, nachdem der später wegen schweren Kindesmissbrauchs verurteilte Andreas V. sich im November 2016 mit seiner – nur im Sommerkleidchen erschienenen – Pflgetochter bei ihr im Jobcenter vorgestellt hatte, um Leistungen zu beantragen, sagte die Teamleiterin aus dem Jobcenter.

Die Jobcenter-Mitarbeiterin hatte auch den Kinderschutzbund in Blomberg verständigt. Sie habe daraufhin einen Polizisten in Blomberg über den Hinweis informiert, der wiederum bei einem Kollegen in Lügde nachhaken wollte, berichtete die Kinderschutzbund-Mitarbeiterin. Ergebnis sei aber gewesen, dem Mann auf dem Campingplatz sei die Pflgeschafft zugesprochen worden. «Ich habe die Rückmeldung bekommen: Es ist alles abgeklöpft. Es ist alles in Ordnung.»

Lz 4.6.20

Die Camper sind zurück im „Eichwald“

Der Campingplatz in Elbrinxen ist jahrzehntelang Tatort des wohl größten Missbrauchsskandals der Nachkriegsgeschichte gewesen. Doch wie geht es dort fast anderthalb Jahre nach Bekanntwerden der Fälle weiter? Ein Besuch zwischen Schweigen und Normalität.



Idyllisch liegt der Campingplatz „Eichwald“ am Rande des beschaulichen Ortsteils Lügde-Elbrinxen. Doch der Schein war einst trügerisch. Das Fleckchen Erde ist zum Tatort hundertfachen Kindesmissbrauchs geworden. Zwei Dauercamper wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Janet König

Lügde-Elbrinxen. Die Sonne hat Kraft, der Himmel ist kristallklar. Kein Wölkchen trübt an diesem Pfingstmontag die Stimmung. Selbst der Campingplatz „Eichwald“ in Elbrinxen scheint zu seiner Normalität zurückgefunden zu haben. Schon auf dem Parkplatz ist von weit weg lautes Kinderlachen zu hören. Eine unbeschwertere Atmosphäre. Anderthalb Jahre ist es her, dass diese Idylle gestört und der Platz in der Öffentlichkeit nur als Tatort hundertfachen Kindesmissbrauchs wahrgenommen wurde. Daran erinnern möchte sich hier aber niemand mehr. Ein Besuch.

Die große Fläche am unteren abgelegenen Teil des Platzes, auf der der inzwischen verurteilte Andreas V. fast dreißig Jahre lang hauste, ist inzwischen verwildert. Der Dauercamper ließ seine Baracke über Jahre hinweg verfallen, baute Sichtschutzwände aus Holz um seinen Wohnwagen. Nachdem die Staatsanwaltschaft den Tatort freigab, machte der Platzbetreiber alles dem Erdboden gleich. Aus den Augen, aus dem Sinn. Das Gras wuchert an der Stelle, kein neuer Stellplatz ist hier eingerichtet worden. Fast so, als wolle keiner den Boden betreten. Direkt gegenüber drängen sich dagegen die Parzellen mit kleinen bunten Holzhütten, jeder Camper hat seine eigene kleine Oase geschaffen. Die Menschen begegnen einander ausgelassen, fast

chelt er freundlich! Es vergeht keine Sekunde, da verfinstert sich seine Miene. Er begreift, worum es geht: Die Zeit nach Lügde. „Damit will ich nichts zu tun haben“, sagt er bestimmt: „Dürfen Sie überhaupt hier sein?“

Die Presse ist schon lange ein ungebeter Gast auf dem

Campingplatz. Kein Wunder, schließlich waren nach Bekanntwerden der Missbrauchsfälle Journalisten und Kamerateams aus ganz Deutschland über den Platz gezogen, hatten Camper befragt und über Monate hinweg für Unruhe gesorgt. Irgendwann wurde es Betreiber Frank

Schäfsmeier zu bunt, er sprach den „Medien“ ein Platzverbot aus. Auch an diesem sonnigen Tag wird der Blick des 55-Jährigen sofort ernst, als er am Anmeldehäuschen erkennt, wer vor der Schranke steht. Dennoch nimmt er sich Zeit für ein Gespräch. „Die Journalisten haben mehr geschadet, als der

eigentliche Fall“, sagt Schäfsmeier. Jetzt möchte er seinen Gästen endlich die wohlverdiente Ruhe gönnen. Genau die habe man hier lange gesucht.

Die Dauercamper hätten alle trotz des Missbrauchsfalls zu ihm gehalten, keinen einzigen habe Schäfsmeier verloren. Im Gegenteil. Es seien sogar ein paar dazu gekommen. Erst vor Kurzem habe ein Stammgast erneut seine Solidarität bekundet. „Er ist seit dreißig Jahren hier und fragt sich halt: Warum soll ich gehen? Es gefällt mir doch hier“, erklärt der Campingplatzbetreiber, der eigentlich gar nichts mehr von seinem Platz in der Zeitung lesen möchte. Der Fall Lügde sei hier inzwischen kein alles überschattendes Thema mehr, die Wunden würden langsam verheilen. „Man hat mit jedem einmal darüber gesprochen, was soll man jetzt noch sagen? Irgendwann ist alles auserzählt.“ Die schrecklichen Taten seien passiert, doch nun müsse es irgendwie weitergehen.

Leicht sei das nicht. Gerade schien die eine Krise ein wenig überwunden, schon habe die Coronavirus-Pandemie dem Platzbetreiber den nächsten Stoß versetzt. Erst vor zwei Wochen hat Frank Schäfsmeier überhaupt wieder öffnen dürfen, einige Reservierungen hat er direkt abgesagt, damit die Abstände auf jeden Fall eingehalten werden können. „Ich habe ja keine Mitarbeiter, die immer kontrollieren.“ Trotz aller Sorgen wirkt der 55-Jäh-

rekt an der Pforte ein paar Flyer abholen. „Ich habe meinem Kumpel schon vorgeschwärmt. Der ärgert sich schwarz, dass er nicht mitgekommen ist“, sagt der Mann und verspricht: „Es werden noch einige nachkommen.“ Die Worte zaubern ganz automatisch ein Lächeln in das Gesicht des Platzbetreibers. „Die sind vor ein paar Wochen zum ersten Mal hier gewesen“, sagt er mit ein wenig Stolz in der Stimme. Frank Schäfsmeier plauscht hier und da mit den vorbeilaufenden Gästen, grüßt ein Paar auf Fahrrädern und die Kinderschar, die sich wohl vom Platzgelände aus gerade auf Entdeckungstour im lippischen Südosten begibt. Die Zeit scheint still zu stehen – oder besser – hat vieles verändert. Bisher sei kein Gast unbedacht auf den Platz gekommen, der von den unfassbaren Missbrauchsfällen noch nichts mitbekommen hatte. „Ich spreche die Menschen nicht drauf an. Aber wer reden will, kann zu mir kommen.“

Doch eigentlich möchte hier jeder den Missbrauchsfall endlich abhaken, so scheint es. „Wenn man zusammensitzt, blocken die meisten ab. Keiner kann es mehr hören“, sagt eine langjährige Camperin, die dem Platz wie viele andere die Treue hält. Dafür habe sie auch Konflikte mit der Familie in Kauf genommen. „Meine Schwester kann nicht verstehen, dass ich noch herkomme“, sagt sie. Dabei könne der Campingplatz doch gar nichts



Kein Zutritt: Auf dem Campingplatz herrscht Ruhe.

FOTO: JANET KÖNIG

Aufarbeitung nimmt kein Ende

schon beseelt vom Stückchen wiedergewonnener Freiheit, die es trotz der Pandemie erlaubt, nun endlich wieder hier zu sein. Jeder grüßt freundlich, egal ob ein bekanntes oder fremdes Gesicht entgegenkommt. Im Sonnenschein steht ein Camper unweit der alten Parzelle von Andreas V. auf einer Leiter und schraubt an der Antenne seines Wohnwagens. Als er herunterklettert, lä-

Während auf dem Campingplatz in Elbrinxen von außen betrachtet die Normalität zurückgekehrt ist, wird im 220 Kilometer entfernten Düsseldorf an der politischen Aufklärung des Falls gearbeitet. Der Untersuchungsausschuss im NRW-Landtag will klären, wie es überhaupt zu dem jahrzehntelangen Kindesmissbrauch kommen konn-

te und was getan werden muss, um ein derartiges Verbrechen in Zukunft zu verhindern. Bisher sind keine Befragungen von Zeugen aus dem Umfeld des Campingplatzes geplant, bestätigt der lippische Landtagsabgeordnete Jürgen Bergahn (SPD). „Das kann sich aber jederzeit ändern, sobald sich für uns entsprechende Hinweise ergeben“,

sagt er. Momentan beschäftigt sich der U-Ausschuss mit den Themenfeldern Jugendamt, Jobcenter und Kindertagesstätte. Weitere Erkenntnisse könnten auch die Akten der Justiz bringen, die bisher noch nicht eingegangen seien. Es sei nicht auszuschließen, dass es dann auch zu Zeugenladungen aus dem Tatortumfeld kommen könnte. (jk)

rige entspannter als vor einigen Monaten. Als Lügde ihm noch ein Loch in den Magen brannte. „Ob wir das alles überstehen, kann ich erst nächstes Jahr sagen.“ Doch bewusst meiden, das täten Campingliebhaber den aus den Schlagzeilen bekannten Platz wohl nicht.

Die Worte scheinen nicht bloß daher gesagt. Sichtlich begeistert will ein Neuling sich di-

für die furchtbaren Verbrechen. Es habe niemand geahnt, was wirklich vor sich ging. Obwohl vor Ort inzwischen eine gewisse Leichtigkeit zurückgekehrt sei, stecke der Fall Lügde nach wie vor in den Köpfen. Die leeren Flächen von Andreas V. und Mario S. wirken wie ein unsichtbares Mahnmal, das ewig bleibt. Beide Stellplätze sollen nie wieder vermietet werden.



Im Stich gelassen

Janet König

Wie konnte der Missbrauch nur so lange unentdeckt bleiben? Diese Frage hat sich wie ein Manifest in den Köpfen festgebrannt. Als „Eldorado für Pädophile“ bezeichnete einer der Opferanwälte während des Lügde-Prozesses das Areal, auf dem noch während des Verfahrens eine dritte Parzelle durchsucht worden war. Einige Ermittlungen laufen im Hintergrund weiter. Daneben tauchten anfangs merkwürdige Verbindungen von Beschuldigten oder deren Verwandten aus dem Missbrauchskomplex Bergisch Gladbach auf, die wieder nach Lügde führten. „Zufälle“, davon gehen die Staatsanwaltschaften in Köln und Detmold aus. Es gebe keine Hinweise auf Verbindungen zwischen den Fällen. Die Täter sollen sich nie begegnet sein. Doch es sind Zufälle mit einem bitteren Beigeschmack. Auch wenn die Haupttäter hinter Gittern sitzen, ganz frei wird sich der Campingplatz von der Bürde nicht machen können. Eins dürfen wir aber nicht vergessen. Es ist ein Leichtes, mit dem Finger auf die Menschen vor Ort zu zeigen, mit dem Kopf zu schütteln und zu hinterfragen, weshalb niemand das Missbrauchskonstrukt hat entlarven können. Doch wirklich frei kann sich niemand machen. Wir alle haben die Kinder als Gesellschaft im Stich gelassen. Und wer kann sich angesichts der erschreckenden Dunkelziffer sicher sein, was in seinem direkten Umfeld wirklich im Verborgenen passiert? Umso wichtiger ist es, die Stellflächen der Haupttäter nicht mehr zu vermieten und nicht einfach weiterzumachen.

jkönig@lz.de

LZ 6.6.20

„Ein Schlag ins Gesicht“

Lügde/Hamel. Als „Schlag ins Gesicht“ bezeichnet die Selbsthilfegruppe für Betroffene von sexuellem Missbrauch aus Hameln die Weigerung von Mitarbeitern des Kreisjugendamtes Hameln-Pyrmont, vor dem Untersuchungsausschuss des Landtages in Düsseldorf auszusagen – und schreibt dazu einen offenen Brief an das dortige Jugendamt und den Jugendhilfeausschuss des Kreises.

„Was jedem einzelnen Kind dort auf dem Campingplatz angetan wurde, ist grausam – und besonders furchtbar daran ist, dass viele Vergewaltigungen hätten verhindert werden können, wenn an den entscheidenden Stellen verantwortungsvoll und für das ‚Wohl des Kindes‘ gehandelt worden wäre“, heißt es darin. „Das dies nicht geschah, ist schon eine Katastrophe. Aber dass Mitarbeiter, die direkt mit dem ‚Fall Lügde‘ zu tun hatten, die Aussagen verweigern, ist fast nicht erträglich.“ Der ehemalige Landrat Tjark Bartels habe dazu angekündigt, für eine lückenlose und vorbehaltlose Aufklärung zu sorgen. „Das schließt ein, dass Sie als Mitarbeiter Ihren Teil dazu beitragen.“

LZ 6.6.20

Schweigen der Jugendamtsmitarbeiter erzürnt Hamelns Politiker

Der Fall Lügde ist ein heikles Thema auf der Sitzung des Jugendhilfeausschusses im benachbarten Salzhemmendorf.

Hameln/Salzhemmendorf (doro). Der Fall Lügde hat den Landkreis Hameln auch andert-halb Jahre nach Aufdeckung fest im Griff. Das war auch im gestrigen Jugendhilfeausschuss spürbar. Das Thema hatte es aus aktuellem Anlass schnell auf die Tagesordnung geschafft.

Momentan sind es das Schweigen von vier Jugendamtsmitarbeitern, die vor dem Untersuchungsausschuss in Düsseldorf als Zeugen aussagen sollen, und der weiter ausstehende Bericht der Sonderermittlerin Christa Frenzel, die das Jugendamt erneut in ein zweifelhaftes Licht rücken.

Ina Loth (FDP) äußerte sich „entsetzt über das Schweigen“, mit dem die Mitarbeiter dem Rat ihres vom Landkreis finanzierten Rechtsbeistandes folgen. Sie wollte wissen, ob es zwi-

schen dem Landrat und dem Rechtsbeistand vorab ein Gespräch gegeben habe, dass aufzeige, dass das Schweigen der Mitarbeiter auch eine „andere Dimension“ habe. Kreisrätin Sabine Meißner erklärte, davon keine Kenntnis zu haben, und betonte, dass man die Entscheidung der Mitarbeiter nicht beeinflusst habe und sie respektiere. Eine Antwort, die Ina Tolksdorf von der Initiative Kinder von Lügde nicht befriedigte. Sie hatte der Verwaltung den offenen Brief einer Selbsthilfegruppe zukommen lassen. Darin bitten Betroffene die Mitarbeiter inständig darum, auszusagen.

Die CDU kritisierte, dass Landrat Dirk Adomat (SPD) nicht beim Ausschuss zugegen war, um sich zu positionieren. „Der Landrat macht einen

schlanken Fuß und schlägt sich in die Büsche“, erklärte der Christdemokrat Gerhard Paschwitz. CDU-Fraktionsvorsitzender Hans-Ulrich Siegmund sagte, dass Adomat nicht nur eine Fürsorgepflicht für seine Mitarbeiter trage, sondern

auch für die Kinder. Er plädiert für einen Sonderausschuss in Niedersachsen, wie er auf Landesebene von CDU, Grünen und FDP gefordert wurde.

Dem würde sich auch Constantin Grosch, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, an-

schließen. Wichtiger als nach der Schuld einzelner zu suchen, sei ihm, die strukturellen Probleme im Jugendamt anzugehen. Menschlich könne er das Bedürfnis nach den Zeugenausagen nachvollziehen. Ebenso jedoch die Ängste der Mitarbei-

ter. Ähnlich wie Grosch argumentierte Dr. Matthias Loe-ding von den Linken. Wie alle Politiker ärgert ihn, dass der Bericht der Sonderermittlerin noch nicht vorliegt und dass sich strukturell seit Jahren nichts be-wege. Laut Sabine Meißner beru-he die erneute Verzögerung auf familiären Gründen der Sonderermittlerin.

Damit Hameln-Pyrmonts Ex-Landrat Tjark Bartels im Untersuchungsausschuss aussagen kann, plädierte Hans-Ulrich Siegmund auf eine Vorver-legung der nächsten Kreistags-sitzung. Die Politik müsse hier-für zustimmen. Den Einwand Meißners, dass das fraglich sei, weil der ehemaligen Landrat noch nicht geladen wurde, ließ er nicht gelten: Die Vorausset-zungen sollten pünktlich ge-schaffen werden.



Die Baracke von Andreas V. kurz vor Abriss. Hier hatte das Jugendamt Hameln-Pyrmont ein Pflegekind untergebracht. FOTO: SILKE BUHRMESTER

Kurzes Amt

Hamelns Jugendamts-leiterin Stefanie Ridders gibt ihr Amt nach einem Jahr auf. Ihr Weggang habe nichts mit Lügde, mit der Verwaltung oder der Wahl des Landrats zu tun, so Ridders. Ihre Gründe seien privat: Sie sprach von „einer erheblichen familiären Situa-tion“, mit der sie nicht gerechnet habe. (doro)

LZ 70.06.20

Streit um Jugendamt eskaliert

Münster sieht Zuständigkeit in Hameln. SPD attackiert Gnisa.

Kreis Lippe (mah). Ausschließlich das Jugendamt Hameln-Pyrmont war für die Pflegeerlaubnis im Fall Lügde zuständig. Das stellt das Landesjugendamt in Münster klar. Der Kreis hatte nachgefragt, weil im Untersuchungsausschuss des Landtages Fragen aufgekomen waren.

Zwar sei bei Pflögschaften prinzipiell das örtliche Jugendamt zuständig. Aber, so steht es ebenfalls im Sozialgesetzbuch: „Es bedarf keiner Pflegeerlaubnis durch das örtliche Jugendamt, wenn ein Pflegekind durch ein anderes Jugendamt vermittelt wird.“ Um die Zuständigkeit auf Lippe zu übertragen, weil die Pflögschaft länger als zwei Jahre bestanden habe, müsse der Fall mit allen relevanten Informationen übergeben werden. Diese Übergabe habe es nie gegeben, schreibt Landrat Dr. Axel Lehmann. „Damit lösen sich die Attacken der CDU-Kreistagsfraktion auf die Kreisverwaltung in Luft auf.“

Die CDU bleibt bei ihrer Kritik und bezeichnet Lehmanns Pressemitteilung als „Nebelkerze“. Parteichef Lars Brakhage sagt, im Sozialgesetzbuch stehe eben auch, dass das örtliche Jugendamt für vorläufige Maßnahmen zum Schutz des Kindes zuständig sei. Warum der Kreis auf dieser Basis nach den zahlreichen Hinweisen in Lügde nicht interveniert habe, bleibe unbeantwortet. Der

Schutzauftrag sei von allen Zuständigkeitsregelungen unabhängig. Darauf basiere seine Forderung nach personellen Konsequenzen.

„Es ist deutlich geworden, dass die CDU für ihren Wahlkampf dem Ansehen des Landrats schaden will, falsche Behauptungen in die Welt setzt und beleidigend wird. So geht man in einer Koalition nicht miteinander um“, schreiben hingegen Ellen Stock, Kreisvorsitzende der SPD, und Henning Welslau, Chef der Kreistagsfraktion. Das Jugendamt Lippe sei nicht verantwortlich.

Die CDU müsse sich bis Montag für ihre Vorwürfe, die

Behördenleitung habe versagt, entschuldigen. „Andernfalls ist unsere Zusammenarbeit auf Kreisebene beendet.“ Und weiter, auf Landratskandidat Jens Gnisa gemünzt: „Dass ein Richter [...] nicht einschreitet, wenn seine Partei falsche Behauptungen über die rechtliche Situation in die Welt setzt, ist untragbar. Dass er aber auch noch zuschaut, oder es sich ja vielleicht auch wünscht, wenn auf dem Rücken missbrauchter Kinder und geschädigter Familien Wahlkampf gemacht wird, lässt einen Wahlkampf befürchten, der die Grenzen des Anstandes überschreitet. Das war nie unser Stil.“

KOMMENTAR

Zwei Eigentore in einem Spiel

Martin Hostert

Dass die CDU schon vor der Klarstellung des Landesjugendamtes personelle Konsequenzen im Kreishaushaus gefordert hat, wird von der SPD folgerichtig angeprangert. Hameln-Pyrmont war verantwortlich, stellt die SPD klar. Diesem Eigentümer der CDU schickte die SPD jedoch unmittelbar ein zweites, spielentscheidendes hinterher. Sie wirft dem CDU-Landratskandidaten vor, nicht einzuschreiten, wenn seine Partei

falsche Behauptungen in die Welt setze. Das ist legitim. Ihm aber zu unterstellen, er wüsche sich vielleicht, dass „auf dem Rücken missbrauchter Kinder [...] Wahlkampf gemacht werde“, ist schäbig.

Münster schreibt übrigens auch, dass der Schutz vor Gefährdung von allen Zuständigkeiten unberührt ist. Dazu kein Wort des Kreises oder der SPD. Die Koalition im Kreistag geht unruhlich zu Ende. mhostert@lz.de

#hausrat  loveshaftpflicht

Bin ich noch ganz dicht?

Das hoffen wir.

Bei allen anderen undichten Stellen hilft die Lippische.



Besuchen Sie uns auch auf Facebook, Instagram und Twitter, oder unter

lippische.de



Lippische

Landesbrandversicherung AG

LZ 20.06.20

Fall Lügde: Lippe verlässt sich auf Hameln

Jugendamt in Blomberg nahm seine Zuständigkeit für eine mögliche Kindeswohlgefährdung durch sexuellen Missbrauch auf dem Campingplatz „Eichwald“ offenbar auf die leichte Schulter

Lothar Schmalen

■ **Düsseldorf.** Bislang haben Verantwortliche des Kreises Lippe im Fall des schweren Kindesmissbrauchs von Lügde stets auf das Jugendamt Hameln-Pyrmont und auf die schlechte Zusammenarbeit zwischen den Jugendbehörden in Hameln und Lippe verwiesen. Diese Version ist nach dem Zeugenauftritt des Teamleiters der Jugendamts-Regionalstelle im lippischen Blomberg vor dem Untersuchungsausschuss Lügde nur schwer aufrechtzuerhalten.

Denn die Aussage des Diplom-Sozialarbeiters zeigt, dass das Jugendamt Lippe selbst seine Zuständigkeit für eine Kindeswohlgefährdung auf dem Campingplatz in Lüg-

de nicht ausreichend wahrgenommen hat. Als es um den Verdacht auf sexuellen Missbrauch nach Hinweisen einer Jobcenter-Mitarbeiterin ging, hat das Jugendamt in Blomberg diese Hinweise nicht selbst geprüft, sondern sich auf die



Landrat Lehmann muss Montag als Zeuge vor dem Lügde-Ausschuss aussagen. FOTO: B. PREUSS

Aussage des Jugendamtes Hameln „verlassen“, wonach es keinen sexuellen Missbrauch durch Andreas V. an seiner kleinen Pflgetochter gegeben habe. „Die haben uns klipp und klar gesagt: da ist nichts dran“, sagte der 58-jährige Leiter der Jugendamts-Regionalstelle Blomberg vor dem Ausschuss. Zwei Jahre später allerdings stellte sich heraus, dass das kleine Mädchen jahrelang von Andreas V. missbraucht wurde.

Auffällig ist, dass das Jugendamt in Blomberg, als es im November 2016 um Hinweise auf Kindeswohlgefährdung wegen Verwahrlosung ging, sofort selbst raus auf den Campingplatz Lügde fuhr, um den Hinweis zu überprüfen. Als aber die Jobcenter-Mitarbeiterin vier Wochen später ihre

Hinweise in einer E-Mail in Richtung sexuellen Missbrauch konkretisierte, blieb das Jugendamt in Blomberg passiv. Die zuständige Fallbearbeiterin erkundigte sich lediglich per Telefon in Hameln. Ergebnis: Es liege kein Fall von sexuellem Missbrauch vor.

Das örtliche Jugendamt, im Fall des Pflegekindes auf dem Campingplatz Lügde das Jugendamt Lippe, ist aber nach dem Sozialgesetzbuch bei Kindeswohlgefährdung zuständig. Die geteilte Zuständigkeit im Fall Andreas V. ergab sich aus der Tatsache, dass das kleine Mädchen aus dem Kreis Hameln-Pyrmont stammte, es aber bei V. in Lippe lebte. Am Montag muss Lippes Landrat Axel Lehmann (SPD) vor dem Ausschuss aussagen.

Lz. 21.6.20

LZ 25.06.20

Zwischen Weser und Rhein



Lippes Landrat Axel Lehmann wurde vier Stunden lang vor dem Untersuchungsausschuss als Zeuge vernommen.

FOTO: DPA

Landrat räumt Fehler in Lippe ein

Fall Lügde: „Hinweise auf Kindeswohlgefährdung sind falsch interpretiert worden“, sagt Axel Lehmann (SPD). Aber auch: „Die entscheidenden Fehler sind in Hameln passiert.“

■ **Düsseldorf.** Lippes Landrat Axel Lehmann (SPD) hat eingeräumt, dass es im Zusammenhang mit dem Kindesmissbrauch von Lügde Fehl einschätzungen im Jugendamt Lippe gegeben habe. „Hinweise sind damals falsch interpretiert worden“, sagte Lehmann vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Fall Lügde im Düsseldorfer Landtag. Diese Fehleinschätzungen hätten dann zu Fehlentscheidungen geführt. Gleichzeitig sagte Lehmann aber auch: „Die entscheidenden Fehler sind in Hameln gemacht worden.“

Und damit meinte er vor allem die Tatsache, dass das Jugendamt Hameln das kleine Mädchen bei dem später als Pädokriminellen enttarnten Dauercamper in Pflege gegeben habe. Dies ist tatsächlich nach geltender Rechtslage ohne eine Pflegegenehmigung möglich gewesen. Für diese wäre nämlich der Kreis Lippe wieder zuständig gewesen. Die Doppelzuständigkeit ergibt sich aus der Tatsache, dass das kleine Mädchen aus dem Kreis Hameln stammt, dann aber bei seinem Pflegevater auf dem Campingplatz in Lügde lebte.

Lehmann, der als Landrat sowohl für das Jugendamt als auch für die Polizei in Lippe zu-

ständig und verantwortlich ist, sagte, dass Hinweise von unterschiedlicher Seite im Jahr 2016, also zwei Jahre vor der Aufdeckung des jahrelangen Kindesmissbrauchs auf dem Campingplatz, als Hinweise auf sexuellen Missbrauch hätte verstanden werden können, aber wohl nicht müssen. Sie seien eben nicht so eindeutig gewesen. „Für Süßigkeiten tut die alles – das hätten meine Eltern von mir vielleicht auch gesagt“, sagte Lehmann wörtlich.

Den Satz hatte der Haupttäter über seine kleine Pflegetochter gesagt. Und zusammen mit noch einigen anderen Sätzen wie zum Beispiel

„Stinknormale“ Nachbarschaft?

◆ Mit dem niedersächsischen Nachbarkreis Hameln-Pyrmont hat der Kreis Lippe hin und wieder zu tun – wie etwa beim gemeinsamen Kampf gegen die Weserversalzung. Der frühere Landrat in Hameln, Tjark Bartels (SPD), und Lippes Landrat Axel Lehmann (SPD) kannte sich also nicht nur, weil sie das gleiche Parteibuch tragen. Lehrmann sprach von einem „stinknormalen“ Nachbarschaftsverhältnis. Dass das

„Erst macht sie mich heiß, will kuscheln, dann wieder nicht“ war dies von einer Mitarbeiterin des Blomberger Jobcenters als Hinweis auf möglichen sexuellen Missbrauch verstanden worden. Sie hatte deswegen Kinderschutzbund, Jugendamt und Polizei alarmiert, doch nichts geschah.

Landrat Lehmann bestand vor dem Ausschuss dennoch darauf, dass das Jugendamt Lippe sehr wohl seiner Zuständigkeit bei dem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung im Pflegeverhältnis des Haupttäters Andreas V. zu seiner kleinen Pflegetochter in Lippe nachgekommen sei. In der Tat waren Mitarbeiterinnen der

Jugendamts-Nebenstelle in Blomberg sofort nach Hinweisen auf Verwahrlosung des Mädchens auf den Campingplatz gefahren.

Als sich diese Hinweise allerdings in Richtung sexuellen Missbrauchs verdichteten, verließen sich die Mitarbeiterinnen aus Blomberg auf Angaben des Jugendamtes Hameln, die telefonisch eingeholt worden. „Mit dieser Recherche hat das Jugendamt seinen gesetzlichen Prüfauftrag im Fall des Verdachtes auf Kindeswohlgefährdung erfüllt“, sagte Lehrmann. „Leider mit einem falschen Ergebnis, wie wir heute wissen“, fügte er hinzu.

Lehmann betonte auch, dass von der Staatsanwaltschaft gegen elf Mitarbeiter der Jugendbehörden des Kreises Hameln-Pyrmont, aber nur gegen eine Mitarbeiterin des Jugendamtes Lippe ermittelt worden sei. Alle Verfahren sind inzwischen eingestellt, weil den Betroffenen kein strafrechtliches Verhalten vorzuwerfen sei.

Bei der Polizei Lippe sprach Lehmann dagegen von „eklatanten Fehlern“ bei den Ermittlungen im Fall Lügde. Vor allem die Tatsache, dass zahlreiche, beim Haupttäter beschlagnahmte Datenträger bei der Polizei Detmold, bevor sie endgültig gesichtet wurden, bis heute verschwunden sind, zählten dazu.

A kzentente
Lange Str. 74
Detmold
f Akzentedetmold

11253101_800120

Die Kinderschutzstelle will Täter früh aufhalten

Jugendamt, Polizei, Ärzte und Pädagogen werden enger vernetzt.

Kreis Lippe (sew): Rote Ampel? Dann wird gebrüllt – nicht ohne Grund. Kinder sollen lernen, ungute Gefühle auch rauszulassen. Das Team der Fachstelle Kinderschutz arbeitet seit einem Jahr zusammen, Kerstin Alexandra Plischka übernimmt die Koordination. Landrat Dr. Axel Lehmann bezeichnete ihre Position als „Spinne im Netz“. Und das passt ganz gut, denn Täter sollen durch engmaschige Verknüpfungen aufgehalten werden.

Nach Lügde ist nichts mehr wie zuvor. Der Missbrauchsskandal hat gezeigt, dass es Tätern zu leicht gemacht wird. Im Kreis Lippe wurden die Fachstelle eingerichtet und ein Präventionsfonds von 25.000 Euro zur Verfügung gestellt. Das klingt nicht nach viel, aber damit lässt sich was bewirken. Das Ampelprojekt ist ein Beispiel. Mit Hilfe von Tieren und Farben können selbst Vorschulkinder lernen, ihre Gefühle auszudrücken. „Wir wollen gute Ideen fördern“, sagt Lehmann.

Die Kindertageseinrichtungen und Schulen im Kreis Lippe schlagen sie vor, in der Fachstelle fällt die Entscheidung. Und dabei geht es nicht nur um sexuellen Missbrauch. „Gewalt an Kindern ist ein Thema, gerade in dieser Zeit ist es wichtig, Signale früh zu deuten“, sagt

Plischka. Während der Pandemie seien die Familien abgeschottet gewesen. Eine sehr belastende Situation, die schnell eskalieren könne. Die Fachstelle Kinderschutz will auch hier helfen, sie berät, vermittelt Ansprechpartner, entwickelt Schutzkonzepte und Verfahrensabläufe.

Und sie vernetzt die Akteure miteinander, damit es den Tätern nicht gelingt, im Zuständigkeiten-Dschungel unterzutauchen. Es gebe bereits seit Jahren einen Austausch mit Richtern, Polizei, Psychologen und Klinikum – sie alle tragen Puzzleteile bei. „Wir müssen die Struktur schaffen, dass die Informationen an die richtigen Stellen weitergeleitet werden“, stellt Plischka fest. Sie hat jahrelang im Kinderschutz gearbeitet, ist in Familien gegangen und

hat, wenn es sein musste, auch schnell zum Wohl eines Kindes gehandelt. Die Leitung der Fachstelle sei ein Traumjob, sagt die Bielefelderin.

Und ihr Team mit insgesamt drei Mitarbeitern hat Rückendeckung. Für Lehmann ist klar: „Wenn das Geld aus dem Präventionsfonds nicht reicht, dann werde ich mich im Kreistag dafür einsetzen, dass wir da nachlegen.“ Fünf Projekte in Lügde, Horn-Bad Meinberg, Augustdorf, Dörentrup und eines für Multiplikatoren, wie zum Beispiel Erzieher, sind bereits gefördert worden. Die Deutsche Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung, vernachlässigung und sexualisierte Gewalt hat den Kreis Lippe als einen von acht Modellstandorten im Bundesgebiet ausgewählt. Bis Ende 2021 läuft das Projekt „Wir vor Ort gegen sexuelle Gewalt“.

Mittlerweile hat sich herumgesprochen, dass die Fachstelle weiterhilft. „Wir haben immer mehr Anfragen von weiterführenden Schulen“, sagt die Fachstellen-Leiterin. Zu jedem Projekt gehören die Elterninformationen, auch in mehreren Sprachen. „Wir erreichen Eltern nicht, wenn wir Broschüren verteilen, wir müssen mit ihnen reden“, sagt Plischka.



Kerstin Alexandra Plischka leitet die Fachstelle Kinderschutz.

FOTO: ASTRID SEWING

CORONA-Fälle im Kreis Lippe

758

Bislang Infizierte

13

Aktuell noch Erkrankte

29

Tote

Aktuell noch Erkrankte nach Kommunen

Augustdorf	0 (0)
Bad Salzuflen	8 (0)
Barntrup	0 (0)
Blomberg	0 (0)
Detmold	3 (0)
Dörentrup	0 (0)
Extertal	0 (0)
Horn-Bad Meinberg	0 (0)
Kalletal	2 (0)
Lage	0 (0)
Lemgo	0 (0)
Leopoldshöhe	0 (0)
Lügde	0 (0)
Oerlinghausen	0 (0)
Schlier-Schwalenberg	0 (0)
Schlangen	0 (0)

Stand: 26.6.2020, Quelle: Kreis Lippe
In Klammern: Änderung zum Vortag

Lz 27.06.20